

An den Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Herrn Thorsten Siehr

Ginsheim-Gustavsburg, 31.03.2022

**Keine Erweiterung des Containerterminals um einen Umschlagplatz für
Gefahrgutstoffe in Gustavsburg**

Sehr geehrter Herr Siehr,
wir bitten um Aufnahme des folgenden Antrags in den Geschäftsgang zur Beratung im Bau-, Umwelt- und Verkehrsausschuss, im Haupt- und Finanzausschuss und in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Hessische Landesregierung/ das Regierungspräsidium in Darmstadt auf, die Genehmigung für einen Gefahrgut-Umschlagplatz aufzuheben.

Begründung:

In dem durchgeführten Verfahren wurden die Rechte der betroffenen Bürgerinnen und Bürger, der Stadt Ginsheim-Gustavsburg sowie der Stadtverordnetenversammlung nicht in dem gebotenen Maß berücksichtigt.

Durch eine Pressemitteilung am 03. März erfuhr Vertreter der Stadtverordnetenversammlung von der Genehmigung eines Störfall-Betriebs, nach der Seveso-Verordnung, im Stadtgebiet von Gustavsburg.

Dies ist ein nicht akzeptabler Vorgang und Vorgehen des Regierungspräsidiums in Darmstadt.

Durch die Ansiedlung eines Gefahrgut-Umschlagplatzes im Stadtgebiet von Gustavsburg wird der Schutz der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil Gustavsburg erheblich beeinträchtigt.
Insbesondere beim Transport über die B43 Darmstädter Landstraße entsteht eine qualifizierte Gefahrenlage für die Menschen in unserer Stadt.

Bereits heute besteht durch den Schwerlastverkehr des Containerterminals eine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit im Stadtteil Gustavsburg. Eine Ausweitung dieser Gefahrenquelle um weitere Chemikalien und explosive Gase ist daher, im Interesse des Gesundheitsschutzes, nicht genehmigungsfähig. Eine Erweiterungsgenehmigung ist daher nicht zulässig und somit zu versagen.

Finanzielle Auswirkungen:
Durch die Resolution keine.

Klimatische Auswirkungen:
Keine weitere Erhöhung des Schadstoffausstoßes in der Ortslage Gustavsburg.
Verhinderung von Unfällen mit unkontrollierbaren Folgen für Naherholungsgebiete beidseits des Mains sowie für die Fließgewässer Main und Rhein.



Jochen Capalo
Fraktionsvorsitzender
Freie Wähler Ginsheim-Gustavsburg